

Konzerne sollen Staaten verklagen können, wenn neue Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern. Im Supermarkt sollen Hormonfleisch und genveränderte Lebensmittel angeboten werden, ohne Kennzeichnungspflicht. Energiekonzerne sollen sich die Erlaubnis zum Fracking erklagen können. Diese Liste an Beispielen könnte endlos weitergeführt werden.

Worum geht es? Mit einem umfassenden Pakt wollen EU und USA eine transatlantische Freihandelszone erschaffen. Verkauft wird uns die geplante Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als gigantisches Wachstumsprogramm – bezahlen müssen es die BürgerInnen in EU und USA mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit. All diese „Handelshemmnisse“ würden in den geheimen Verhandlungen beseitigt.

Noch kann das Vorhaben gestoppt werden. Gemeinsam mit Menschen aus ganz Europa und aus den USA setzen wir uns dafür ein.

WER VERHANDELT DENN DA?

Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat ein umfassendes Mandat erhalten, mit den USA ein Gesamtpaket auszuhandeln. Fast alle Wirtschaftsbereiche kommen dazu auf den Tisch. Die konkreten Inhalte werden aber wie Staatsgeheimnisse gehütet; die Positionen der EU-Kommission bei den Verhandlungen erfuh die Bevölkerung nur durch unerlaubt veröffentlichte Dokumente. Erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen hat dagegen die Wirtschaftslobby, die den Großteil der berücksichtigten Expertisen stellt.

Nun wollen die Beteiligten schnell Fakten schaffen: Bis spätestens 2015 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Diese Zeit bleibt uns, um das Vertragswerk zu stoppen!

TRANSATLANTISCHER FREIHANDELSBLUFF

Die Befürworter des Abkommens beschwören Millionen neuer Jobs, gesteigertes Wirtschaftswachstum und – Achtung, Marketing-Strategie! – einen Einkommenszuwachs von bis zu 545 Euro pro 4-Personen-Haushalt. Allerdings beruhen

diese Zahlen nicht nur auf höchst optimistischen Annahmen. Sie wurden berechnet für das Zieljahr 2027, genau betrachtet sind die versprochenen Erträge geradezu winzig.

Auf vielen anderen Ebenen kämen uns die Handelserleichterungen für Großkonzerne dagegen teuer zu stehen. Hier einige Schlaglichter:

► **Sonder-Klagerecht für Unternehmen:** Ausländische Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränken. Während inländische Unternehmen sich in solchen Fällen an die allgemeinen Rechtswege halten müssen, sollen internationale Investoren also Sonder-Klagerechte in einem zweiten, völlig intransparenten Rechtssystem bekommen. In diesem System entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hochbezahlte Juristen. Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Schiedsverfahren steigt weltweit und oft geht es um milliardenschwere Entschädigungsforderungen, vom Steuerzahler zu begleichen.

Eine weitere Zunahme möglicher Verfahren hätte unweigerlich eine „disziplinierende“ Wirkung auf Regierungen: lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten, als sich mit Großkonzernen anzulegen.

Ein Beispiel: Die Bundesregierung hatte nach der Atomkatastrophe von Fukushima die Abschaltung mehrerer Kernkraftwerke beschlossen. Der Energiekonzern Vattenfall klagt als ausländischer Investor dagegen auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz vor einer internationalen Schiedsstelle. Basis der Klage: Die Bestimmungen zu Investitionen in der „Europäischen Energiecharta“.

► **Öffentliches Beschaffungswesen:** Wenn Gemeinden, Landkreise oder Bundesländer Aufträge vor Ort vergeben, etwa um die regionale Wirtschaft anzukurbeln oder um unnötige Transportwege zu verhindern, diskriminieren sie entfernte Anbieter – in einer Freihandelszone ist das verboten. Im Rahmen der Verhandlungen mit den USA

drängt die EU auf eine sehr weitreichende Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen wird weitgehend unmöglich gemacht. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung, selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand, zu privatisieren.

- ▶ **Urheber- und Patentrecht:** Zuletzt wurde im AC-TA-Abkommen versucht, aus der Weiterleitung eines Zeitungsartikels eine Urheberrechtsverletzung zu machen. Aus gutem Grund liefen die Menschen Sturm gegen die Geheimverhandlungen – nun geht es von vorn los. Noch vor den Verhandlungen verwässerte die EU-Kommission einen Gesetzentwurf zum Datenschutz im Sinne der US-Geheimdienste und die Unterhaltungsindustrie setzt alles daran, Urheberrechte so restriktiv wie möglich zu handhaben. Ob Patente auf Saatgut oder Datensammelwut im Internet, die Lobbyisten von Monsanto, Google und Amazon hoffen auf noch größere Freiheiten zu beiden Seiten des Atlantiks. Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben dabei auf der Strecke.
- ▶ **Finanzdienstleistungen:** Obwohl die Finanzkrise anhält, wurde auf viele Krisenursachen nicht reagiert. Das Handelsabkommen könnte sogar einer weiteren Deregulierung der Finanzmärkte Vorschub leisten und somit die Instabilität und die ungerechten Wirkungen der Märkte noch vergrößern. Die geringfügigen Fortschritte bei der Zähmung der Finanzmärkte stehen wieder unter Beschuss.



- ▶ **Kultur:** Zwar setzte die französische Regierung die vorläufige (!) Herausnahme von Kultur und audiovisuellen Dienstleistungen aus der Verhandlungsmasse durch. Doch könnten die europäische Filmförderung, die Buchpreisbindung, öffentliche Förderung kultureller Einrichtungen und andere Grundpfeiler des kulturellen und kulturpolitischen Lebens jederzeit dem Freihandel geopfert werden.

- ▶ **Vorsorgeprinzip:** Mit diesem grundlegenden politischen Handlungsprinzip lässt sich z. B. Fracking in Europa verhindern, weil Folgeschäden nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. Wesentlich besser gefällt Unternehmen natürlich die Leitlinie, wonach alles erlaubt sein müsse, für dessen Schädlichkeit keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. In Europa kann derzeit noch gegen den Anbau der Gen-Kartoffel Amflora geklagt werden; weil nicht absolut sicher ist, ob sich die Antibiotikaresistenz der Kartoffel auf andere Lebewesen übertragen kann und wichtige Antibiotika damit unwirksam würden. Fällt das Vorsorgeprinzip, welches schon heute im Spiel der Interessen häufig den Kürzeren zieht, könnten viele weitere Regulierungen und Verbraucherschutzstandards wie Dominosteine kippen.

- ▶ **Zukunftsfähige Entwicklung:** Trotz aller Beteuerungen, ökologische Erfordernisse zu berücksichtigen, bleibt die Umwelt auf der Strecke, allein durch die prognostizierte Ausweitung des Handels. Langstrecken-Frachttransporte samt verstärktem CO₂-Ausstoß werden zunehmen. Zugleich steigert der Preisdruck durch mehr Konkurrenz den Druck auf Umweltvorschriften. Größere Wirtschaftsräume führen zu größeren Unternehmen – was deren Möglichkeit, nationale oder EU-weite Behörden unter Druck zu setzen, ebenfalls erhöht.

Handelsabkommen in der Praxis

Das Freihandelsabkommen, das die EU mit Kolumbien und Peru 2013 geschlossen hat, regelt:

- Weder den Schutz von Umweltstandards noch die (Land-)Rechte von Kleinbauern, dafür aber die Ausweitung des Bergbaus und des Anbaus von Palmöl. Eine verstärkte Abholzung des Regenwaldes ist zu erwarten.
- Die massive Deregulierung der Finanzsektoren in Kolumbien und Peru. Es hintertreibt die Bemühungen, Steuerflucht und Geldwäsche beispielsweise von Rauschgifterlösen einzudämmen.
- Die rasche Abschaffung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte. Dadurch droht die Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen.

Viele dieser Probleme sind der EU-Kommission bewusst und wurden dennoch übergangen.

WIE FUNKTIONIEREN DIE TTIP-VERHANDLUNGEN?

Wie ein Kuhhandel: Die EU bietet z. B. an, das Einfuhrverbot für Genfleisch zu streichen und fordert im Gegenzug von den USA, ihre Zulassungskontrollen für neue Medikamente abzuschwächen. Wachstumsimpulse haben ihre Ursache dann in einem Kuhhandel mit der Folge: Mehr Medikamente in den USA und noch billigeres Fleisch in Europa. Stets droht die Schwächung von Standards, nur sehr selten eine Stärkung. Denn das Ziel der Verhandlungen ist es, Handel zu verbilligen, zu steigern und die Profite zu erhöhen.

ATTAC RUFT AUF: WIDERSTAND JETZT!

Jede Verhandlung kann scheitern – das hängt von uns ab! Viele Menschen in Europa und den USA, darunter Kommunalpolitiker, Bauern und auch kleine Unternehmer sehen die Verhandlungen sehr kritisch. TTIP ebnet keinen Weg, um Wirtschaft-, Energie- und Umweltkrisen zu lösen, sondern bringt uns einer unsolidarischen Welt und einer „marktkonformen Demokratie“ näher. Deshalb klärt Attac über die skandalösen Verhandlungen auf und organisiert politischen Druck.

TRANSNATIONAL PROTESTIEREN

Auch in den USA streiten Umweltorganisationen, Gewerkschaften und konzernkritische Bewegungen gegen das TTIP. Sie sehen die „Harmonisierung“ von Regelungen als einseitige Absenkung wichtiger hart erkämpfter Standards und Verbraucherrechte. Das im Nordamerikanischen Handelsabkommen NAFTA bereits verankerte Investorklagerecht führt ihnen die undemokratischen Folgen dieses Parallelrechts längst vor Augen. Eine Ausweitung der Konzernmacht lehnen sie entschieden ab.

DIE ALTERNATIVE: SOLIDARISCHER UND ÖKOLOGISCHER WELTHANDEL

Ein Bündnis aus 50 Organisationen hat in einem vierjährigen offenen Beteiligungsprozess Grundlagen und Handlungsvorschläge für eine alternative Handelspolitik entwickelt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert (alternativetrademandate.org). Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale und ökologische Ziele sind nicht verhandelbar; Demokratie, Selbstbestimmungsrecht von Gemeinschaften und flache Hierarchien werden als Grundlage einer selbstbestimmten Gesellschaft festgeschrieben. Handels- und Investitionspolitik hat diesen Vorrang anzuerkennen.

KERNFORDERUNGEN VON ATTAC:

- ▶ TTIP-Verhandlungen sofort beenden
- ▶ Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen sind stets umgehend offenzulegen
- ▶ Keine Sonderklagerechte für Konzerne – bestehende Verträge müssen geändert werden
- ▶ Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren



Weitere Infos und Möglichkeiten,
aktiv zu werden, unter
WWW.ATTAC.DE/TTIP